



PRO VITA – Bewegung für Menschenrecht auf Leben

Nr. 3/2019

A-3073 Stössing 32

Telefon: 0043 (0) 650 3073032

E-Mail: verein@provita.at

Homepage: www.provita.at

Bankverbindung IBAN: AT35 6000 0000 0752 0222 BIC: OPSKATWW

ZVR-Zahl 280955592 **GZ 02Z031039 M P.b.b.**

VerlagsPA 3071 **AufgabePA** 3040

Liebe Mitglieder und Freunde! Sehr geehrte Damen und Herren!

Es ist Wahlkampf. Unser Verein Pro Vita hat grundsatzpolitische Ziele, die sich von der Tagespolitik nicht trennen lassen. Als Realisten müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass unsere wichtigsten Anliegen wie die Beseitigung der „Fristenlösung“ und die rechtliche und gesellschaftliche Aufwertung von Ehe und Familie kein Thema des Wahlkampfes sind und wohl auch nicht werden, ganz im Gegenteil. Alles, was auch nur im entferntesten nach Lebensschutz riecht, fürchten die Politiker wie der Teufel das Weihwasser. Von einer wirksamen Förderung der Familien etwa durch steuerpolitische Maßnahmen oder durch gerade hier gerechtfertigte Subventionen kann nicht die Rede sein. Da fehlt es schon an der rechtlichen Klarstellung und an der gesellschaftlichen Anerkennung dessen, was eine Ehe und Familie wirklich sein soll. **Im Blick auf diese wichtigsten Bereiche menschlichen Zusammenlebens befinden sich unser Staat und unsere Gesellschaft in einem entsetzlichen Zustand.**

Ein kurzer **geschichtlicher Rückblick** soll dem Verständnis des folgenden dienen. Als der Nationalrat des Jahres 1974, in dem lediglich drei Parteien vertreten waren, allein mit den Stimmen der Sozialisten den rechtlichen Schutz des Lebens der ungeborenen Kinder beseitigte, beteuerten Vertreter der beiden anderen Parteien, sie würden dieses abscheuliche Gesetz rückgängig machen, wenn sie die Mehrheit hätten. Wenige Jahre später war davon nirgends mehr die Rede. Die Demontage von Ehe und Familie erfolgte scheinbar schrittweise. Begonnen hat es völlig unspektakulär mit der Änderung des Namensrechtes. Die Ehescheidung wurde immer mehr erleichtert und die Stellung von „Lebensgefährten“ derjenigen von Ehegatten angeglichen. Als die ÖVP unter Josef Pröll die „eingetragene Partnerschaft“ ins Gespräch brachte (wohlgemerkt nicht die SPÖ) und diese auch rechtlich fixiert wurde, geschah dies mit der Betonung, die Ehe solle Mann und Frau vorbehalten bleiben und eine Adoption durch solche „Partner“ ausgeschlossen werden. Warnungen vor einer Entwicklung, wie sie nun tatsächlich eingetreten ist, wurden in den Wind geschlagen. Nun ist die „Homo-Ehe“ geltendes Recht und ohne Rücksicht auf das Kindeswohl sind Adoptionen durch Schwule und Lesben zugelassen. Den Eltern oft nur unter einem Vorwand abgenommene Kinder werden bevorzugt homosexuellen „Paaren“ in Pflege übergeben. Die alles beherrschende Gender- Ideologie führt zu staatlich geförderten

und finanzierten sexuellen Missbrauch von Kindern bereits ab dem Kindergarten. Details dazu sind in den Pro Vita-Heften der letzten Zeit nachzulesen.

Diese Bestandsaufnahme könnte uns dazu verleiten, in **Resignation** zu verfallen, der Politik vollkommen zu entsagen und den Wahlkampf und die Wahl selbst zu ignorieren. Eine solche verständliche Reaktion ist deshalb falsch, weil Gott allein weiß, ob unsere bisherigen Aktivitäten Sinn hatten und noch Schlimmeres verhindert haben, und nur ER allein die zukünftige Entwicklung kennt. Mit Sicherheit (denken wir an die „Schweigespurale“) kann man sagen, dass ein Verschweigen der Wahrheit letztendlich dazu führen wird, dass Aussprechen und Verbreiten der Wahrheit strafgerichtlich verfolgt werden, wozu es bereits unverkennbare Tendenzen gibt. Und so müssen wir uns fragen, ob die Ausübung des Wahlrechts im Kampf für die Wahrheit notwendig oder wenigstens sinnvoll ist. Noch konkreter: Ist auf der Grundlage dieser Bestandsaufnahme von irgendeiner Partei für unsere Anliegen etwas Positives zu erwarten?

Wenn wir uns die Parteien ansehen, die eine Chance haben, in dem am 29. September 2019 zu wählenden Nationalrat vertreten zu sein, ist es nicht schwer, diejenigen zu benennen, die für Lebensschützer (und gläubige Christen) nicht infrage kommen. Es sind jene Parteien, die den Massenmord an den ungeborenen Kindern gut heißen oder sogar fördern. Bekanntlich sind das SPÖ, Grüne, Neos, Liste Jetzt (Pilz). Auch wenn wie bereits erwähnt allseits das Bestreben herrscht, diese Sache nicht zum Thema zu machen, tun sich doch immer wieder Vertreter dieser Parteien damit hervor bzw. vermitteln den Eindruck, dass sie an möglichst vielen Kindestötungen interessiert sind. Und es ist auch keine Frage, dass sie die „Fristenlösung“ und die grauslichen Auswüchse der Gender- Ideologie für einen unumkehrbaren Fortschritt halten. Für Staatsbürger mit Herz und Hirn und für gläubige Christen sollte es keiner weiteren Ausführungen bedürfen, dass diese Parteien unwählbar sind.

Wenden wir uns jetzt den beiden Parteien ÖVP und FPÖ zu. Zeithistorisch betrachtet sind beide wie bereits erwähnt eine Enttäuschung für uns. Keine Partei hat das Ziel, das Leben der ungeborenen Kinder wieder wirksam zu schützen, und keine wagt es, gegen die Gender- Ideologie anzukämpfen. Es ist also nicht möglich, irgendeiner Partei aus Überzeugung die Stimme zu geben. Es sind auch in diesen Parteien keine Politiker zu finden, die die ins Auge springenden und einfachen Zusammenhänge sehen, die uns alle und besonders unsere Kinder und Enkelkinder betreffen. Als die drohende **Islamisierung** Europas noch kein Thema war, musste denkenden Menschen bereits klar sein, dass Europas Kultur und Wohlstand ohne Kinder nicht zu halten sein würden und dass es eine Art von Naturgesetz gibt, nach welchem die Zukunft in den Kindern liegt, wenn nicht in den eigenen dann in fremden, mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen. Ein ähnlich vernachlässigtes Problem, das uns alle betreffen wird, entsteht durch die **Zwangssexualisierung der Kinder**. Es wird bewusst eine Generation psychisch geschädigter Menschen herangezogen. Den Gründen hierfür nachzugehen, würde den Rahmen dieser Ausführungen sprengen. Was gemeint ist, sei an einem Aspekt demonstriert: Sigmund Freud, ganz gewiss kein Konservativer oder gläubiger Christ, hat davor gewarnt, die Kinder zu früh mit Sexualität zu konfrontieren, weil sie dadurch aggressiv würden. Sucht vielleicht jemand nach den Gründen für die zunehmende Aggressivität in der Gesellschaft?

Wenn wir überhaupt eine Wahl haben, dann nur zwischen ÖVP und FPÖ. Es gibt nämlich in beiden Parteien Menschen, die uns weltanschaulich nahestehen. Bei den maßgeblichen Vertretern werden aber deutliche Unterschiede erkennbar. Ein Paradebeispiel ist die Änderung des Fortpflanzungsmedizingesetzes im November 2014. Dieses Gesetz hat deutliche Weichen in Richtung Unmenschlichkeit und Entchristlichung unserer Gesellschaft gestellt und im Vorfeld eine heftige Diskussion ausgelöst. Es wurde damit die Reproduktionsmedizin für lesbische Paare zugelassen und die bis dahin als unbestritten geltende Tatsache, dass Eltern aus Vater (Mann) und Mutter (Frau) bestehen, auf den Kopf gestellt. 110 Stellungnahmen und 1,3 Millionen Protest E-Mails haben die ÖVP- Abgeordneten nicht davon abgehalten, beinahe geschlossen für dieses Gesetz zu stimmen. Die Abgeordneten der FPÖ hingegen haben geschlossen gegen dieses Gesetz gestimmt. Der Abgeordnete Herbert Kickl hat gegen dieses Gesetz im Parlament eine Rede gehalten, die man sich als katholischer Christ von einem Bischof erhofft hätte. Wir sollten auch nicht vergessen, dass die sogenannte eingetragene Partnerschaft, die so viele Übel im Bereich von Ehe und Familie ausgelöst hat, eine Initiative der ÖVP war. Seit damals ist auch offenkundig, dass das christliche Mäntelchen dieser Partei nur dazu dient, gläubige Christen zu täuschen und sie als Wähler bei der Stange zu halten. Ein für katholische Politiker verbindliches Schreiben der römischen Glaubenskongregation vom 3. Juni 2003 verbietet nämlich ausdrücklich, solchen Gesetzesvorhaben zuzustimmen oder solche sogar zu initiieren.

Für uns von Pro Vita – und das gilt sicher für alle Vereinigungen, die für den Lebensschutz, für Ehe und Familie und gegen die Zwangssexualisierung eintreten - muss alarmierend sein, dass die ÖVP ein Verbot der Identitären Bewegung zum Wahlkampfthema gemacht hat. Es ist mir bewusst, dass es zum Ritual geworden ist, sich von den Identitären zu distanzieren. Sie sind - so ist es ins allgemeine Bewusstsein gedrungen - rechtsextrem, müssen daher ausgegrenzt werden und sind die Unberührbaren unserer Gesellschaft. Doch wenn man gewohnt ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, oder gar gelernt hat, denen gegenüber positiv voreingenommen zu sein, die Gegenstand von Hass und Hetze der Medien sind, dann muss man natürlich nach den Gründen für die allgemeine Ablehnung suchen. Die Selbstdarstellung einer Gruppe mag hilfreich sein, noch informativer ist aber sicher die Darstellung der Gegner. Im bekanntlich nach links tendierenden Wikipedia findet man kurz zusammengefasst lediglich die „Vorwürfe“, die Identitären seien für eine familienfreundliche Politik und für den Erhalt der europäischen Traditionen, Kulturen, Völker und Bräuche. Es ist unerfindlich und nicht nachvollziehbar, warum derartiges rechtsextrem und staatsgefährdend sein soll. Ich sehe aber die konkrete Gefahr, dass die ÖVP zusammen mit den anderen Linksparteien eine Änderung der Verfassung und des Vereinsgesetzes anstrebt, die ein Verbot möglich machen soll, und dass diese Änderung der Rechtsordnung uns allen, die wir für den Lebensschutz, für Ehe und Familie und gegen Zwangssexualisierung eintreten, auf den Kopf fällt. Vielleicht verfolgt man bei der ÖVP keine derartigen Absichten (sicher bin ich mir aber da nicht), doch ähnlich wie bei der „eingetragenen Partnerschaft“ würde eine Entwicklung in Gang gesetzt, die uns noch mehr einem Gesinnungsterror aussetzt bis hin zu strafgerichtlicher Verfolgung.

Wer diese Befürchtungen für eine Phantasterei hält, der sei auf eine Resolution des Europäischen Parlaments vom 12. September 2017 hingewiesen, in der gefordert wird, das öffentliche Eintreten gegen Abtreibung solle von den

Strafgerichten verfolgt werden, weil es dabei um Gewalt gegen Frauen gehe. Diese Resolution mag vorerst rechtlich nicht bindend sein, die Erfahrung zeigt aber, dass der Europäische Gerichtshof derartiges zur Grundlage seiner Rechtsprechung und dadurch rechtsverbindlich macht. Es muss nicht eigens betont werden, dass beim herrschenden Homo- Kult eine ähnliche Entwicklung zu erwarten ist, sodass dann auch die Strafbarkeit des Eintretens für Ehe und Familie im Raum steht. Im Übrigen haben alle ÖVP- Abgeordneten mit Ausnahme von Paul Rübiger, der sich der Stimme enthielt, dieser Resolution zugestimmt.

Wie mit den jungen Leuten der Identitären Bewegung umgegangen wird, macht fassungslos. Alle Politiker, die Medien, Verfassungsjuristen, Staatsanwaltschaften und Gerichte, alle sind sich einig, dass sie bekämpft werden müssen. Der einzige Grund ist, dass ihnen der Stempel „rechtsextrem“ aufgedrückt worden ist, wobei man es geflissentlich unterlässt, ihre Zielsetzungen zu kritisieren oder der Wahrheit die Ehre zu geben und zu erwähnen, dass alle ihre Aktivitäten gewaltfrei waren, ganz zum Unterschied von linken Gruppierungen. Sie sind ungewollt zum Paradebeispiel der Verlogenheit, Bosheit und Dummheit geworden, die unser Land beherrscht. Es gibt aber Hinweise darauf, dass Funktionären und Anhängern der FPÖ nicht ganz wohl dabei ist, in diesen Chor einzustimmen. Und dass der Klubobmann Herbert Kickl die ÖVP- Forderung nach Verbot ausdrücklich ablehnt, nährt die Hoffnung, dass man sich wenigstens bei dieser Partei besinnt und nicht nur dieser Initiative in Richtung totalitärer Diktatur entgegentritt sondern überhaupt lernt, Hetze und Hass der Medien standzuhalten und auch darüber zu reden, welches Unheil links geprägte Justizbehörden anrichten.

Dem aufmerksamen Beobachter drängt sich die Erkenntnis auf, dass den führenden Vertretern von ÖVP, SPÖ, Grünen und Neos und auch dem Herrn Abgeordneten Peter Pilz ins Konzept passt, wie sich unser Staat, unsere Rechtsordnung und unsere Gesellschaft derzeit präsentieren. Bei der FPÖ glaubt man, durch Ergebnisebendungen Erfolg zu haben, was mittel- und längerfristig sicher nicht der Fall sein wird, und hat noch immer nicht den Mut, unser verkommenes System direkt anzugreifen. Bei allen berechtigten Vorbehalten - und das ist meine persönliche Erfahrung aus Kontakten mit hochrangigen Vertretern von ÖVP und FPÖ in den letzten Jahren - habe ich die Hoffnung, dass ein Lernprozess einsetzt. Donald Trump hat es mit den Medien der ganzen Welt aufgenommen und ist so an die Macht gekommen. Viktor Orban und Matteo Salvini scheren sich keinen Deut um das Geheul der Medien und ihrer linken Politikerkollegen und sind erfolgreich. Einen solchen Lernprozess kann ich mir nur bei der FPÖ und konkret bei Herbert Kickl vorstellen. Und am allerwichtigsten ist für mich - und die Gründe hierfür konnte ich hoffentlich plausibel machen -, dass am Beispiel des Umgangs mit der ÖVP- Forderung nach Verbot der Identitären gesehen nur in der FPÖ die damit verbundene Gefahr für Freiheit und Rechtsstaatlichkeit erkannt wird.

Deshalb meine Empfehlung: an der Nationalratswahl teilnehmen und FPÖ wählen.

Stössing, im August 2019

Dr. Alfons Adam e.h.